

# Thesen zur Situation der LINKEN vor dem Göttinger Parteitag

Hans Günter Bell/Paul Schäfer

*„Seit der Bundestagswahl 2009 ist die Gründungsphase abgeschlossen und die Partei befindet sich in der Konsolidierungsphase. Mit dem Beschluss über ein neues Parteiprogramm ist es geboten, die organisationspolitische Stabilisierung der Partei in Angriff zu nehmen.“* (Projektgruppe LINKE 2020)

Diese Aussage, die für sich genommen richtig ist, kann missverstanden werden. Als ob der weitere Kurs der Partei hinreichend klar bestimmt sei, es nur noch aufs Organisieren ankomme. Dem ist nicht so. Vielmehr steht die Aufgabe, sich in einer intensiveren Debatte zu vergewissern, mit welchen „objektiven“ Entwicklungsprozessen wir es gegenwärtig zu tun haben, wie sich die Parteienlandschaft in dieser Zeit verändert und wie wir die immer schwierigere Lage der Linkspartei positiv bewältigen wollen.

Gerade die beiden schlimmen Wahlniederlagen in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen haben tiefgreifende Fragen nach der Perspektive der LINKEN aufgeworfen, die rasch angegangen werden müssen. Ein trotziges „Weiter So“ wird uns nicht weiterhelfen; noch mehr vom zuletzt Dargebotenen, noch „stärker“ und „lauter“ führt uns nur noch mehr ins politische Abseits. Wir sagen das, gerade weil wir die Auffassung teilen, dass die LINKE mehr denn je gebraucht wird. Weil der finanzmarktgetriebene Kapitalismus ungebändigt weiterwirkt und der davon ausgehende Krisenprozess immer weitere Kreise zieht, mittlerweile die Gefahr autoritärer, demokratiegefährdender „Krisenlösung“ hervorruft, weil sich die Versuche, den Kapitalismus ökologisch zu modernisieren, als unangemessen erweisen, um das globale Überleben zu sichern, braucht es politische Kraft, die grundlegende gesellschaftliche Alternativen vorschlägt. Aber es reicht nicht, recht zu haben. Zumal auch unsere Antworten auf diese neuen Fragen nach einer vernünftigen Gesellschaftsregulation noch unzureichend sind.

Die neue Lage verlangt, dass wir gemeinschaftlich darüber nachdenken, was schief gelaufen ist, was verändert werden muss, welche neuen Konzepte und Strategien entwickelt werden müssen. Wir hoffen darauf, mit den folgenden Thesen zu dieser überfälligen Debatte beitragen zu können.

## 1. Die Verschärfung der Widersprüche

**Die bisherigen Versuche, die durch die deregulierten Finanzmärkte ausgelösten Verwerfungen einzuhegen, werden keine durchschlagende und nachhaltige Wirkung haben, weil an die Ursachen nicht herangegangen wird. Die Hauptakteure**

**verschärfen mit dem Europäischen Fiskalpakt sogar die Zwänge zu rigorosen Sparpolitiken im Rahmen der EU. Daher spricht Einiges dafür, dass die gesellschaftlichen Widersprüche weiter zunehmen werden.**

Dass die durch die deregulierten Finanzmärkte ausgelösten Verwerfungen den herrschenden Eliten gegenwärtig über den Kopf wachsen, ist ebenso offenkundig, wie die Tatsache, dass die Versuche zur Einhegung des Problems keine durchschlagende und nachhaltige Wirkung haben werden – da an die Ursachen nicht herangegangen wird. Mit einer in der Tat beispiellosen Anstrengung hat man unglaubliche Mengen Geldes mobilisiert, um das Finanz- und damit das Wirtschaftssystem in Gang zu halten. Dies in krassem Gegensatz zur Weltwirtschaftskrise 1929 ff., als man mit der Politik des knappen Geldes und der rigiden Kürzung der Haushalte zur Krisenverschärfung beitrug.

Aber selbst wenn man dadurch Zeit gewonnen hat und das Allerschlimmste verhindert hat, wird die Rechnung für diese Rettung des Finanzmarktkapitalismus jetzt präsentiert – in Gestalt der sog. Staatsschuldenkrise bzw. der Eurokrise. Auch die Tatsache, dass man die Rettung des Finanzsystems über alles gesetzt hat und um jeden Preis daran festhält, hat Folgen. Die Hauptakteure, die uns in die Krise

geführt haben, sind nahezu uneingeschränkt weiter am Werke. Mehr noch: Allein der Blick nach Italien zeigt, dass die Finanzjongleure noch unmittelbar das Zepter der Politik schwingen. Und: Der Fiskalpakt kann durchaus als eine Radikalisierung neoliberaler Staatspraxis aufgefasst werden, der zudem von einem höheren transnationalen Durchgriff auf die einzelnen EU-Mitgliedstaaten zeugt. Zu befürchten ist, dass die jetzigen Entdemokratisierungs- und Entparlamentarisierungstendenzen in den einzelnen Mitgliedstaaten und in den Institutionen der EU in eine „autoritäre Wende“ (Lukas Oberndorfer, Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus? In: Die EU in der Krise. Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“, Münster 2012) münden könnten. Auf jeden Fall wird die Politik der Ungleichheit in der EU in Form der von oben durchgesetzten Austeritätsprogramme in neuer Qualität fortgesetzt. Die Folgen sind bereits in Form der galoppierenden Jugendarbeitslosigkeit zu spüren. Dieses Thema wird uns in den nächsten Monaten hauptsächlich fordern..

Wir werden in der künftigen Arbeit die Brüche im Herrschaftsgebäude des Neoliberalismus zu beachten haben und noch mehr daran ansetzen müssen: Dass die Vergötzung des Marktes nicht funktioniert, hat sich herumgesprochen, dass die Polarisierung bei Einkommen, Vermögen, Lebenschancen den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet, beklagen selbst Superreiche. Zugleich müssen wir ein Rezept finden, wie wir der Hauptdoktrin von Merkel und Co., dass Staatsschulden das Problem seien und dass aus Gründen der Zukunftssicherung gespart werden müsse, zu Leibe rücken können. Die geschickte Umkehrung „Unsere Schuldenbremse heißt Vermögenssteuer“ ist eine gute Antwort, aber noch keine hinreichende.

## **2. Neoliberale Politik, Gesellschaftskrise – Gefahr der Demoralisierung**

**Die Hoffnungen, mit der Finanzkrise 2008 sei die neoliberale Agenda beendet, haben sich nicht erfüllt. Verfestigte Bankenmacht und entdemokratisierende Politik führen auch zu**

**neuerlicher Demoralisierung der Menschen. Daher wächst auch die Gefahr zunehmender politischer Abstinenz.**

Die jüngste Krise hat gezeigt: die Hoffnungen, die mit der Finanzkrise 2008 aufkeimten, die neoliberale Agenda sei endgültig aufgezehrt, erinnern wir uns nur an den Tenor der Öffentlichkeit damals von der Renaissance des Staates, haben sich nicht erfüllt. Darüber können auch solch halbwegs positive Signale wie die Rentenerhöhung 2012 und das plötzliche Eintreten der CDU für Mindestlöhne nicht hinwegtäuschen. Auch die beträchtlichen staatlichen und internationalen Aktionen zur Rettung des Euro und des Bankensystems sind weniger ein Indiz für eine wirtschaftspolitische Kehrtwende hin zum Keynesianismus, sondern zeigen nur, dass auch die herrschenden Eliten spüren, wie nahe man am Abgrund steht. Die staatlichen Aktionen derzeit werden ganz überwiegend als temporäre Interventionen aufgefasst, die nur den Weg zurück zur Herrschaft der Märkte bahnen sollen. Und die ideologischen Verblendungen bestimmen nach wie vor die Politik namentlich der Merkel-Regierung – siehe ihre Weigerung, die EZB als dauerhaftes Instrument der Wirtschaftsregulation zu etablieren. Die Fixierung auf Geldwertstabilität und Schuldenreduktion bildet nach wie vor den Kern neoliberaler Politik.

Oder anders gesagt: „*Was also bleibt nach der Finanzkrise vom Neoliberalismus? Die Antwort: so gut wie alles.*“ (Colin Crouch, Das lange Leben des Neoliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2011, S. 49-62)

Das wiederum bedeutet für die LINKE, dass sie weiterhin nur bedingt mit Rückenwind zu rechnen hat. Sicher, die Ungerechtigkeit der Vermögensverhältnisse springt immer stärker ins Auge und damit die Notwendigkeit sozialstaatlicher Korrekturen, zugleich führen verfestigte Bankenmacht und entdemokratisierende Politik zu neuerlicher Demoralisierung der Menschen. Die Gefahr, dass noch mehr Menschen sagen, dass man doch nichts ändern könne, und sich daher für die politische Abstinenz entscheiden, bleibt. Auch dies hat die NRW einmal mehr bestätigt. „*Die Wahlenthaltung nimmt in den unteren sozialen Schichten deutlich zu.*“ (Horst Kahrs/Benjamin Immanuel Hoff in ihrer Wahlanalyse). Dieser Klassenspaltung im politischen Repräsentationssystem entgegenzuwirken, bleibt eine

Daueraufgabe. Diesen Zustand zu beklagen und in schwärzesten Farben zu malen, wird dabei nicht viel helfen. Mut machen, Hoffnung geben, das ist gefragt.

### **3. Der Widerstand gegen den Neoliberalismus hat erst begonnen**

**Aktuell deutet nichts auf eine bevorstehende globale Revolte hin. Von einer starken, antikapitalistischen Umwälzungsbewegung sind allenfalls Keimformen zu sehen. Zwar wird**

**immer mehr Menschen bewusst, dass es um die globale Überlebensfrage geht, aber noch sind es nahezu überall Minderheiten, die sich gegen diese Entwicklung stemmen.**

W.I. Lenin hat eine revolutionäre Situation dadurch definiert, dass die „oben“ nicht mehr richtig herrschen können und die „unten“ die Herrschaft abschütteln wollen. Nun wollen wir nicht davon reden, ob sich die heutigen Gesellschaften durch einen einmaligen umstürzlerischen Akt verändern lassen, oder ob es dazu längerfristiger Transformationsprozesse bedarf, was immer auch Reformen und radikale Interventionen, Kontinuitäten und Brüche, bedeutet. Die Lenin'sche Definition ist dennoch nützlich, um sich zu vergewissern, an welchem Punkt der Auseinandersetzung zwischen den Machthabenden und den Noch-Machtlosen wir stehen. Auf der anderen Seite entwickeln sich Bewegungen, die man nicht unbedingt an diesen Orten - New York, London, Santiago de Chile – und in dieser Breite erwartet hätte. Für manche scheint diese Entwicklung – gerade in Verbindung mit dem „arabischen Frühling“ - auf eine mögliche globale Revolte hinzudeuten. Doch gemacht. Davon sind wir Lichtjahre entfernt. Eine wirklich starke, antikapitalistische Umwälzungsbewegung ist nirgends zu sehen, nur eben Keimformen, die zudem nur sehr lose miteinander verbunden sind. Es gibt keine organisierten Bewegungen, die mit den (zumindest teilweise) revolutionären Massenbewegungen nach den beiden Weltkriegen nur annähernd vergleichbar wären. Und ein organisierendes Zentrum, wie es die „Internationale“ der linken (kommunistischen) Parteien jeweils verkörperte, gibt es schon gar nicht. (Ob ein solches heutzutage überhaupt noch benötigt wird, sei dahingestellt) Mit diesen Aussagen sollen die antineoliberalen, auch antikapitalistischen Bewegungen in Lateinamerika mitnichten kleingeredet werden. Das ist eine seit Jahren anhaltende, Mut machende Entwicklung, die nicht nur diesen Subkontinent maßgeblich prägt, sondern die Ausstrahlung darüber hinaus hat. Und auch die jüngsten Prozesse in Frankreich, Spanien, Griechenland, oder die Occupy-Bewegung, sind Beleg dafür, dass sich der Widerstand gegen die neoliberale Krisenpolitik ausweitet. Aber noch handelt es sich nicht um eine stabile und international vernetzte Aufwärtsentwicklung.

Wenn in diesen Tagen öfter davon die Rede ist, die Krise sei „systemisch“, so ist dies dennoch nicht völlig aus der Luft gegriffen (siehe dazu auch: Pauline Bader, Florian Becker, Ulrich Brand, Mario Candeias, Alex Demirovic, Julia Dück, Thomas Sablowski: „Vielfachkrise“? Thesen und Diskussion zum Verständnis der Krise. In: Luxemburg 2/2011, S. 142 ff.). Ja, es gibt eine Systemkrise, gerade wenn wir an die Gesamtheit der globalen Überlebensfragen denken und immer mehr Menschen wird dieser Sachverhalt bewusst. Aber noch sind es nahezu überall Minderheiten, die sich gegen diese Entwicklung stemmen. Und schlimmer noch. Gerade wegen der gegebenen Kräfteverhältnisse ist auch eine zweite Welle neoliberaler Gesellschaftszerstörung – vielleicht sogar unter rechtspopulistischen Vorzeichen – nicht auszuschließen. Die diskutierten Änderungen des Lissabonner Vertrages zielen in diese Richtung. In einigen Ländern ist das Feld schon bereitet.

Dies in Rechnung gestellt, dürfen wir dennoch nicht darüber hinwegsehen, dass sich die Lage in den verschiedenen Regionen und Ländern des Kapitals nicht unerheblich unterscheidet. Deutschland profitiert von seiner dominanten Stellung in Europa – zu Lasten der anderen EU-Länder – und kann diese wirtschaftliche Stärkeposition auch als Zuckerbrot an Teile der Bevölkerung weitergeben. Berlin ist daher nicht Athen. Das heißt nur, dass vor kurzatmigem Aktionismus („Widerstand“) zu warnen ist und wir uns besondere Gedanken machen müssen, wie wir die Menschen, die die Merkel-Politik noch für sehr erfolgreich halten, auch tatsächlich erreichen können.

## 4. Neue Lage – neue Antworten gefragt

**Dass sich das gute Wahlergebnis der LINKEN im Jahr 2009 im Wahljahr 2013 wiederholen lässt, erscheint nicht erst nach den jüngsten Einbrüchen der LINKEN utopisch. Wir haben es schlichtweg mit sehr anderen Bedingungen zu tun: Seit der damaligen Bundestagswahl sind SPD, Grüne und LINKE Oppositionsparteien, die um regierungskritischen Wähler/innen**

**konkurrieren. Und nach den bescheidenen Korrekturen, die SPD und Grüne an ihrer „Agenda 2010“-Politik vorgenommen haben, verbinden Teile der Wählerschaft neue Hoffnungen mit diesen Parteien. Die LINKE hat auf diese neue Lage noch keine überzeugende Antwort gefunden.**

Das verblüffend gute Wahlergebnis der LINKEN 2009 mit ca. 12 Prozent der Wählerstimmen hatte zu tun mit Gysi/Lafontaine (das galt zwar auch 2005, aber viele Kommentatoren waren schnell bei der Hand, mit der Aussage, das werde nicht gut gehen und wurden eines Besseren belehrt), mit einer relativ gut arbeitenden Bundestagsfraktion, mit der ungeliebten Großen Koalition (und damit der Regierungsrolle der Sozialdemokratie) und last not least damit, dass die Krise 2008/2009 die linken Themen in der Öffentlichkeit nach vorn brachte. Von einer Renaissance des Staates, des staatlichen Interventionismus war allenthalben die Rede, vom Versagen des Marktes und vom Scheitern der Privatisierungen und Deregulierungen. Diese Faktoren aufzuzählen, weist schon darauf hin, dass wir es im Wahljahr 2013 mit sehr anderen Bedingungen zu tun haben werden; daran wird auch die Reaktivierung des „alten“ Führungstandems nur wenig ändern können. Die Partei ist in vielerlei Hinsicht – politisch, medial, kulturell – schlechter aufgestellt als 2009; eine schnelle Besserung kaum zu erwarten.

Entscheidender aber ist: Die neue politische Konstellation seit der damaligen Bundestagswahl hat SPD, Grüne und LINKE zu den Oppositionsparteien gemacht, die um das Feld der regierungskritischen Wählerinnen und Wähler konkurrieren. SPD und Grüne haben zwar nur bescheidene Korrekturen ihrer alten Agenda-2010-Politik vorgenommen, doch das scheint zumindest in Teilen der Wählerschaft auszureichen, dass sich neue Hoffnungen mit diesen Parteien verbinden. Das gilt nicht zuletzt für den Funktionärskörper der Gewerkschaften. Die LINKE hat bis heute keine zufriedenstellendes Konzept entwickeln können, wie man auf diese veränderte Ausgangslage zu reagieren hätte.

*„Einige der im Super-Wahljahr 2011 gewelkten Hoffnungen der LINKEN sind zwar auch auf eigene Fehler zurückzuführen, die meisten aber auf die veränderte politische Lage. Eine Lage, die sich für die LINKE auch dann nicht ändern wird, wenn sie ihre handwerklichen Fehler minimiert, Grabenkämpfe eindämmt und den Streit in den eigenen Reihen hält, statt ihn in der Presse auszutragen. **Das eigentliche Problem der LINKEN besteht darin, dass sich ihr Gründungsbonus erschöpft hat und sich Sozialdemokraten wie Union ihrer Forderungen angenähert haben**, zwar halbherzig oder ungläubwürdig, aber von der Öffentlichkeit durchaus wahrgenommen.“* (Harald Werner, Die LINKE 2.0 – Die LINKE hat Recht und hat nichts davon, Manuskript vom Dezember 2011)

## 5. Partei der Aufklärung

**Die LINKE ist mehr denn je als aufklärerische Kraft gefragt, denn die Menschen müssen die aktuellen Vorgänge und Krisenprozesse verstehen und sie müssen davon überzeugt sein, dass es politische Handlungsalternativen gibt. Beides ist nur unzureichend vorhanden**

**und DIE LINKE muss sich fragen, ob unsere inhaltlichen Vorstellungen ausreichend durchdacht sind, plausibel begründet und von uns verständlich und überzeugend vorgebracht werden.**

Die entscheidende Frage: Wie kommt es, dass sich die fraglos vorhandene Empörung über Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne und Kürzung sozialer Leistungen nicht in Unterstützung für die LINKE niederschlägt?

*„Zum einen scheint der unter Arbeitnehmern tief verwurzelte Pragmatismus durchzuschlagen – man kann es auch gewerkschaftlichen Realitätssinn nennen –, der im Ernstfall trotz aller Kritik den Parteien den Vorzug gibt, die traditionell eine Machtbeteiligung versprechen, also der SPD, seit einiger Zeit auch den Grünen. Zum anderen sitzt bei einem Großteil der Nichtwählerinnen und -wähler die Resignation so tief, dass sie sich vom Politikbetrieb insgesamt abwenden – das betrifft auch die Linke.“ (Detlef Hensche)*

*„Offensichtlich mangelt es der LINKEN nicht nur an Zugängen zum Alltagsbewusstsein, sondern auch an aufklärenden Vermittlungsformen. Solange sie sich, wie in der Gründungsphase, auf die Empörung über offenkundige soziale Grausamkeiten oder die Verbreitung enthüllender Tatsachenbeschreibungen beschränken konnte, bestand dieses Problem nicht, weil die Tatsachen für sich sprachen. Was die LINKE heute, angesichts einer nicht mehr unwahrscheinlichen Kernschmelze des Finanzsystems zu vermitteln hätte, sind aber **keine Enthüllungen mehr, sondern Aufklärung über die Wirkungsweise des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus.**“ (Harald Werner)*

Genauer zu fragen ist, warum der Zeitgeist, der der LINKEN 2009 noch hold war (was eben bei der immer wieder breit getretenen Wendung der Medien, dass die Linke von der Krise nicht habe profitieren können, gern übersehen wird), uns heute nicht die Wählerinnen und Wähler zuführt. Die Wiederkehr der Krise nur drei Jahre nach der Lehman-Pleite, des Commerzbank-Debakels usw. hat doch alle unsere Aussagen und Prognosen bestätigt?!. Es zeigt sich einmal mehr, dass es nicht reicht in der Sache recht zu haben und dies auch gerne zu betonen. Die Menschen müssen die Vorgänge verstehen und sie müssen davon überzeugt sein, dass es politische Handlungsalternativen gibt. Beides ist offenbar nur unzureichend vorhanden. Und das scheint der Punkt zu sein, auf den es ankommt. Und in beide Richtungen ist zu denken, wenn wir über die Verbesserung unserer Arbeit sprechen. Für viele ist die Finanzwelt mit den astronomischen Summen, die dort inzwischen verhandelt werden, mit den immer verrückter werdenden Konstruktionen (sog. „Finanzprodukte“) und mit den kaum nachzuvollziehenden Maßnahmen der Staaten (Hebelung, EFSF, Hair-Cut etc.) ein Buch mit sieben Siegeln. Für die meisten von uns übrigens auch. Ganz offensichtlich beherrschen wir nicht *„die große Kunst, unsere Forderungen in die Alltagssprache zu übersetzen.“* (Horst Arenz und Werner Dreibus)

Dennoch scheint es so zu sein, dass eine Menge Leute unsere Kritik an den Finanzhaien und an der Untätigkeit oder dem Unwillen staatlicher Akteure, etwas zu ändern, teilt. Dies spiegelt sich ja auch in der teilweise sehr kritischen Behandlung dieses Themas in den Medien wider. Wir reden also nicht gegen eine Wand, wir stehen nicht isoliert da. Und dennoch überzeugen wir nicht. Das wirft auch die Frage auf, ob unsere inhaltlichen Vorstellungen ausreichend durchdacht, plausibel begründet und verständlich vorgebracht werden. Dabei muss darüber geredet werden, ob es ausreicht, die Entkoppelung von Politik und Finanzmärkte plus Verstaatlichung des Bankensektors ins Zentrum zu rücken. Dies scheint ja der Königsweg zu sein, den wir vorschlagen, um die Krise zu lösen. Beide Positionen sind richtig. Wäre es aber nicht wichtig, mehr darzulegen, dass die Überführung der Banken in öffentliches Eigentum nur eine machtpolitische Voraussetzung ist,

- um die Vergütung der im Finanzgeschäft Tätigen auf neue Grundlagen zu stellen, also der Gier entgegenwirken;
- um die Zerschlagung der Großbanken wirklich auf den Weg zu bringen, denn solche Monsterunternehmen sind nicht mehr kontrollierbar;
- um die Bereiche Kredit, Investment, Versicherungen sauber zu trennen;
- um Regulierungen umzusetzen, die notwendig sind, um die Banken und Finanzdienstleister weg vom Casino-Betrieb, hin zur Finanzbeschaffung für Realinvestitionen zu bringen,
- um eine nachdrückliche Transparenz und damit Kontrollierbarkeit durch Öffentlichkeit und Gesellschaft zu erreichen?
- Auch die zu Recht postulierte Abkoppelung der parlamentarisch-demokratischen Institutionen von den Finanzjongleuren ist nicht aussagekräftig genug, um darzulegen, wie wir uns künftig die Gestaltung dieses wirtschaftlichen Schlüsselbereichs vorstellen. Hier werden wir nachlegen müssen – ohne die Dinge verkomplizieren zu wollen.

## 6. Öffnung zur Gesellschaft durch Selbstveränderung

**Die LINKE steht vor der Aufgabe, ihre „StammwählerInnenschaft“ weiter an sich zu binden und muss zugleich die Verengung auf das Milieu der sozial an den Rand Gedrängten vermeiden. Daraus folgt, dass sich DIE LINKE um die bessere Verankerung in den**

**Kerngruppen der abhängig Beschäftigten und den sog. Mittelschichten energisch kümmern müssen. Genau dies aber setzt einen Prozess der Selbstveränderung der LINKEN voraus. Nur so kann eine Öffnung zur Gesellschaft erreicht werden.**

Ein Blick auf das Schicksal der KPD in der Endphase der Weimarer Republik ist in dieser Hinsicht lehrreich. Aus der Arbeiterpartei war in starkem Maße eine Arbeitslosenpartei geworden, die nicht zuletzt sozialstrukturell bedingt auf sich gestellt war und die den schroffen Gegensatz zu allen Anderen akzentuierte. Nun ist DIE LINKE dieser Tage von einer solchen Situation noch entfernt. Wir rekrutieren WählerInnen aus nahezu allen Schichten – auch wenn das Wählersegment bei den Erwerbslosen mit Abstand am stärksten ist – und noch ist die Mitgliedschaft „sozial gemischt“. Und gerade im Osten liegen die Dinge anders: Hier kann die Partei aufgrund ihrer in den vergangenen beiden Jahrzehnten erreichten Stärke, nicht zuletzt in den Parlamenten und Räten, auch bis in bürgerliche Kreise ausstrahlen. Die Mitgliedschaft der LINKEN befindet sich jedoch im Umbruch. Um eine Verengung auf das Milieu der sozial an den Rand Gedrängten zu vermeiden, ist eine bessere Verankerung in den Kerngruppen der abhängig Beschäftigten und den sog. Mittelschichten erforderlich.

Es wäre zu kurz gegriffen, jetzt einfach zu verkünden, wir müssten uns verstärkt um mehr Zuspruch im Bereich der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft und um mehr Resonanz im bildungsbürgerlich-intellektuellen Milieu bemühen. Wenn wir uns organisatorisch und personell in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus verankern und programmatisch eine solche Ausstrahlungskraft erlangen wollen, dass unsere Ideen in den öffentlichen Debatten wahrgenommen werden, dann geht es um Selbstveränderung der Partei. Nicht mehr und nicht weniger!

D.h. zum Beispiel auch Nachdenken über neue Politikansätze und deren Umsetzung. Die interessante Initiative, zur Rettung der Treuhandwohnungen die Genossenschaft „FairerWohnen“ zu gründen und damit ein konkretes Beispiel für „solidarische Ökonomie“ zu schaffen, zeigt, wie das geschehen kann.

Und ein weiteres: Wenn wir nicht die nachhaltigen Änderungsprozesse in der Produktionsweise des heutigen Kapitalismus verstehen lernen, die wiederum zu Umbrüchen in der Arbeitswelt, zu neuen sozialen Beziehungen in der Produktion führen, werden wir als Partei der Gestrigen erscheinen. Der Aufstieg der Piraten kann nicht nur als Kritik an der Abgehobenheit etablierter Politik begriffen werden. Es geht insbesondere darum, dass die Informations- und Kommunikationstechnologien einen überragenden Anteil in der modernen Gesellschaftswelt erlangt und neue Beschäftigungsgruppen hervorgebracht haben. Die traditionelle Arbeiterbewegung tut sich nach wie vor schwer, diese Gruppen zu erreichen. So auch wir. Dabei geht es aber nicht nur um Beschäftigungs- oder Sozialpolitik. Auch hier spielt die Frage eine große Rolle, wer über die Produkte dieser geistigen Arbeit verfügt, wer sie sich unter welchen Bedingungen aneignet. *„Der Kampf um die Eigentumsordnung der Informationsgesellschaft, die Frage wie die Güter Wissen und Kreativität strukturiert, refinanziert und ausgetauscht werden ist in vollem Gange“.* (Redaktion der Zeitschrift Prager Frühling, Nach dem Neoliberalismus geht's weiter, Mai 2012). Es ist kaum zu erwarten, dass die LINKE sich aus dem Stand an die Spitze dieser Auseinandersetzungen katapultieren wird. Aber eine Ahnung von diesen Konflikten und ein paar Vorschläge sollte sie schon haben. Es wird auch nicht ganz reichen, dass es ein paar Experten in unseren Reihen gibt, die auf diesem Gebiet aktiv sind, denn die Aufgabe lautet ja gerade, diese Auseinandersetzungen um geistiges Eigentum, kapitalistische Verwertung, Maximierung des öffentlichen Nutzens zu politisieren..

## 7. Für einen neuen Internationalismus

**Ein Blick über die Landesgrenzen zeigt nicht nur, wie differenziert und vielgestaltig die politische Landschaft auf der Linken ist, sondern auch, dass wir es allenthalben noch**

**mit Suchprozessen zu tun haben. Aus diesen Erfahrungen wechselseitig zu lernen, wird daher zu einer vorrangigen Aufgabe linker Parteien.**

Wir sollten dabei den Blick auch auf zentrale strategische Probleme werfen, die nicht nur vor der deutschen Linken stehen. Wir nennen drei:

- DIE LINKE hat in der neuen Großgruppe, die der neoliberale Kapitalismus hervorgebracht hat, – dem Prekariat – Wurzeln geschlagen. Zwischen bei uns engagierten Menschen aus organisierter Arbeiterschaft, Teilen der Mittelschichten und Intellektuellen und Prekarisierten bestehen aber mitunter Reibungen und wechselseitiges Unverständnis. Wie soll dieses Verhältnis konstruktiv gestaltet werden?
- Die Partei kann sich nicht darauf beschränken, ihre Position im Prekariat zu festigen. Und sie kann nicht nur darauf setzen, den Protest und den Zorn dieser Gruppen zum Ausdruck zu bringen. Wenn sie gesamtgesellschaftliche Ausstrahlung erlangen will, die auf politisch-kulturelle Hegemonie zielt, dann wird sie ihre Fähigkeit, Protest mit durchdachten Reformalternativen und weitreichenden Transformationskonzepten zu verbinden, weiterentwickeln müssen. Gerade die Situation der eher orthodoxen linken Parteien (Portugal und Griechenland) hat diese Problematik aufgezeigt: Sie verfügen über eine gewisse Verankerung unter den abhängig Beschäftigten in Industrie und Öffentlichem Dienst – also über das „Milieu der „Deklassierten“ hinausgehend – und über eine recht gute Fähigkeit, die Betroffenen des Sozialabbaus zu mobilisieren. Aber sie sind, trotz dieses Masseneinflusses, gesellschaftlich isoliert, fast könnte man sagen, es handelt sich um „selbst ghettoisierte Parteien“. Ihre gesamtgesellschaftliche Ausstrahlung und folgerichtig ihr Potenzial zur strategischen Allianzbildung sind viel zu gering, um entscheidende Veränderungen bewirken zu können. Um es mit Gramsci zu sagen: Hegemoniefähig sind sie nicht. Die deutsche LINKE muss solche Verengungen vermeiden, die besonders in Phasen drohen, wenn die Partei in schweres Wasser gerät. Es wäre fatal, wenn sich die LINKE in ihrer gegenwärtigen Krise auf eine Position des dumpfen „Kurs halten“ versteifen würde. Damit würden nötige Nachdenkprozesse über eine strategische Neuaufstellung blockiert.
- Interessant ist der Wahlkampf der Linksfront in Frankreich. Sie hat ins Zentrum gerückt, dass die Menschen „die Macht ergreifen“ sollen. Da ist zum einen der Appell an die Bevölkerung „Ihr müsst es richten“ (und wir können euch dabei helfen) und zum Anderen der kühne Aufruf, Machtpositionen zu „erobern“. Das ist mehr, als das trotzig-zaghafte „Veränderung beginnt mit Opposition“. Beide Aspekte sollten in unseren künftigen Überlegungen berücksichtigt werden.

Auch befreundete Parteien in den europäischen Nachbarländern stehen vor derselben Schwierigkeit: Wie kann die LINKE die immer größer werdende Kluft zwischen qualifizierten und weniger qualifizierten Arbeitskräften, zwischen den einigermaßen gesicherten Gruppen der abhängig Beschäftigten und der Masse der Prekarisierten überbrücken und wie kann sie sich zu einer „verbindenden Partei“ entwickeln? (siehe dazu: Mimmo Porcaro, Linke Parteien in der fragmentierten Gesellschaft, in: Luxemburg 4/2011, S. 28 ff.) Die Antwort darauf ist nun mal komplexer Natur und sie verlangt nach politischer Führung ohne Avantgardismus. Sie reicht von der unmittelbaren Hilfs- und Schutzfunktion für die besonders Abgedrängten über die Förderung der Ansätze solidarischer Ökonomie bis zur Organisation pluralistischer Debatten über grundlegende gesellschaftliche Alternativen. Dieses weitgespannte Feld hier anzudeuten, zeigt, wie weit die real existierende LINKE noch von einer solchen Gestaltungsrolle entfernt ist.

## 8. Partei des grünen Sozialismus

**Für das Überleben der Menschheit ist der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Dieser Umbau wiederum hat tiefgreifende Veränderungen in den Eigentums- und Machtverhältnissen zur Voraussetzung. Diese Einsicht hat DIE LINKE in ihrem Parteiprogramm verankert, sie ist aber noch weit davon entfernt, diese Erkenntnis in ihrer Alltagsarbeit mit Leben zu erfüllen.**

**Uns wird keine Umweltkompetenz zugewiesen. Das zeigt beispielhaft, dass wir beharrlich und energisch an einer „Neuprofilierung“ der LINKEN arbeiten müssen. Dabei geht es sowohl um die Erarbeitung konkreter Umbaukonzepte, als auch um deren Popularisierung und Propagierung durch die Parteigliederungen, Fraktionen und einzelnen Mitglieder.**

Die Organisierung des Widerstandes gegen die Krise, die Erringung von materiellen Verbesserungen für die abhängig Beschäftigten und die Abgehängten - Beispiel: auskömmlicher Mindestlohn - und die Erarbeitung und Popularisierung der Großen (auch sozialökologischen) Transformation müssen verknüpft werden. Das scheint banal, gehört aber zu den Dingen, die schwer zu machen sind. Das Ziel der Großen Transformation muss deutlicher herausgearbeitet werden, ein neues Leitbild wird benötigt. Wenn es richtig ist, dass ein sozialökologischer Umbau der Gesellschaft überlebensnotwendig ist – und daher für unsere Vorstellung einer nachhaltigen Zukunftsgesellschaft zentral ist –, dann ist es ebenso richtig, dass die Bundestagsfraktion ihre Umbau-Vorstellungen in diesem Jahr entwickeln und in die öffentliche Debatte bringen will.

An dieser Stelle werden wir uns auch stärker mit den Vorstellungen eines grünen Wohlfühlkapitalismus auseinandersetzen müssen, der glauben machen will, dass ein anders gestalteter Stoffwechsel mit der Natur ausreiche, um die Welt zu retten und dabei übersieht, wie die heutigen Stoffwechselprozesse durch den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus geprägt, ja bestimmt werden. (s. dazu Rainer Rilling, Wenn die Hütte brennt, in: Luxemburg, Heft 3/2011, S. 134 ff, aber auch: Joachim Bischoff, Hasko Hüning, Bernhard Müller, Björn Radke, Bernhard Sander. Wo wir stehen und wie es weitergehen kann, Sozialismus, Heft 5/2011)

Unsere Defizite im Bereich des sozialökologischen Gesellschaftsumbaus sind indes nur Ausdruck einer grundlegenden Unzulänglichkeit. Detlef Hensche hat dies im bereits erwähnten Aufsatz auf den gesamten Bereich der Arbeitswelt und der gesellschaftlichen Reproduktion bezogen.

*„Mit ihren „strukturkonservativen“ Schwerpunkten „lässt [sie] all jene, die ahnen, dass das Zurück zu gewohnter sozialer Sicherung plus keynesianischer Wachstumspflege für sich genommen nicht reicht, um in eine menschenwürdige Zukunft aufzubrechen, mit ihren Zweifeln allein.“ (Detlef Hensche, a.a.O.)*

Sein Vorschlag lautet: Die LINKE möge in enger Verbindung mit den verschiedenen sozialen Bewegungen und mit kritischen Intellektuellen die Arbeit an einem Zukunftsentwurf vorantreiben, der konkret und nachvollziehbar sein müsse und der verbindlich das tägliche Handeln wie die längerfristige Strategie bestimmen müsse.

Dass für Hensche eine Politik radikaler Arbeitszeitverkürzung zentraler Baustein einer solchen zukunftsorientierten Strategie sein müsste, sollte nicht unerwähnt bleiben. An dieser Debatte werden wir uns aktiv beteiligen und mit eigenen realitätstauglichen Konzepten aufwarten müssen.

## 9. Eine Partei, die neugierig macht

**Wir müssen als die Kraft erscheinen, die glaubwürdig für soziale Gerechtigkeit und demokratische Erneuerung, für eine grundlegende Alternative streitet. Dies wiederum verlangt zweierlei: Es muss der Partei gelingen, die LINKE organisatorisch und personell in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus zu verankern und zugleich programmatisch eine solche**

**Ausstrahlungskraft zu erlangen, dass unsere Ideen in den öffentlichen Debatten auch breit wahrgenommen werden. Das aber heißt nichts anderes, als dass es um die Herausbildung einer Partei gehen wird, die durch Offenheit, Neugier und originelles Denken gekennzeichnet ist. Nur so wird die LINKE eine gesellschaftliche Hegemoniefähigkeit im Sinne Antonio Gramscis erlangen können.**

Es ist gut, dass die LINKE die Frage der Reichtumsumverteilung, der sozialen Sicherung, der politischen Regulation der Finanzmärkte und deutsche Kriegsbeteiligungen in den Mittelpunkt gerückt hat. Damit werden Punkte gesetzt, an denen auch die anderen Parteien nicht ohne Weiteres vorbei können. Dass wir diejenigen sind, die diese Punkte auf die Tagesordnung setzen, wird ja auch in Teilen der Gesellschaft honoriert. Das allein reicht aber nicht.

Eine Partei,, die nicht über vielfältige Verbindungen in die Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis verfügt, die nicht in den Kasematten der bürgerlichen Ordnung ihre Vorstellungen zur Gesellschaftsänderung popularisieren kann, wird die bürgerliche Herrschaft politisch-kulturell nicht im Geringsten ins Wanken bringen. Auch schon heute gilt, dass sie nur eingeschränkt die Diskurse über die Weiterentwicklung des Landes mitbestimmen kann. Sicher in der Frage der Umverteilung (Vermögenssteuer!), der sozialen Sicherung (Mindestlöhne!), der politischen Regulation der Finanzmärkte und deutscher Kriegsbeteiligung hat die LINKE Punkte gesetzt, an denen „die Anderen“ nicht vorbei können. „Links wirkt“ in diesem Sinne immer noch. Aber heute sind wir in anderer Weise gefordert: Die herrschenden Medien haben sich entschieden, die LINKE soweit als möglich zu ignorieren, bzw. schärfer als zuvor zu verunglimpfen, zu bekämpfen (das Lamento darüber hilft uns praktisch auch nicht weiter, aber dieser neue Bedingungsfaktor unserer Arbeit muss nüchtern analysiert werden), SPD und Grüne werden als *die* Oppositionsparteien, die Piraten als spannendes Erneuerungsprojekt hochgejazzt.

Unter dieser Voraussetzung müsste die LINKE mannigfaltige Verbindungen in verschiedene gesellschaftliche Milieus aufgebaut haben, oder aufbauen, d.h. auch, sie müsste über die Menschen verfügen, die sich in solchen Netzwerken bewegen würden und sie müsste schließlich auf Bundesebene über eine solche geistige Ausstrahlungskraft verfügen, dass sie in den entscheidenden öffentlichen Debatten zumindest präsent wäre. Dies ist in der jüngeren Zeit in den Debatten um die Finanz- und Wirtschaftskrise nur teilweise, aber nicht hinreichend gelungen – von anderen Themen zu schweigen.

Zudem sind wir politisch-kulturell noch stark von der Tendenz zur Einigelung geprägt, zur schroffen Entgegensetzung gegenüber den „Systemparteien“, zur Unduldsamkeit. All dies erschwert die Möglichkeiten der Ansprache anderer Gesellschaftsgruppen. Eine Antwort auf dieses Kardinalproblem ist nicht in Sicht.

Nur am Rande sei hier erwähnt, dass die gravierenden Probleme in vielen Kreisverbänden auch damit zu tun haben, dass sich unserer noch jungen Partei auch Manche angeschlossen haben, die mittels Mandaten und damit verbundener Aufwandsentschädigungen ihre persönliche materielle Lage verbessern wollten. Dann werden strittigen Sachfragen schnell zu Personalfragen, die erbittert ausgetragen werden. Wie groß dieses Problem ist, lässt sich auch an der großen Zahl mittlerweile durch Parteiaustritte verloren gegangener Kommunalmandate in NRW ablesen.

Wenn es eine entscheidende Aufgabe ist, Fäden in die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft zu spinnen, dann stellt sich zugleich die Frage danach, wie es gelingen kann, die verschiedenen Zielgruppen auch gezielt und konkret anzusprechen. Das setzt die Gewinnung von MultiplikatorInnen unter den Selbstständigen, den kleinen Gewerbetreibenden, der organisierten Arbeiterschaft etc. voraus. Auch die Stichworte Frauen, Jugend, AkademikerInnen dürfen hier nicht fehlen! Hier haben wir noch eine erhebliche Wegstrecke vor uns.

Um solche Fäden überhaupt spinnen zu können, ist auch das Image der Partei und der „ParteiarbeiterInnen“ von erheblicher Bedeutung. Und da berichten empirische Sozialforscher wenig Erfreuliches. In NRW waren ganze 20% der Meinung, die LINKE solle wieder in den Landtag; beim Rest überwiegen negative Assoziationen. Dabei spielen neben der Frage nach der Umsetzbarkeit des linken Programms solche Auffassungen wie die Linke sei schlicht „*unsympathisch*“, „*zu sehr in der Vergangenheit verwurzelt*“, oder auch „*zu destruktiv, zu extrem*“ eine Rolle (siehe dazu Hoff/Kahrs, Wahlanalyse). Es lohnt sich darüber nachzudenken, was diese negativen Assoziationen mit dem Auftreten von Mitglieder der LINKEN und der gesamten Ausformung der Politik der LINKEN zu tun haben. Zugespitzt formuliert: Eine Partei, die schon alles weiß, die von schroffen Gegenüberstellungen lebt und die nicht erkennen lässt, dass sie über wirkliche Fragen, die die Menschen bewegen, debattiert, ist nicht nur langweilig; sie stößt ab. Nur wer selber Offenheit und Neugier ausstrahlt, wird auch ein entsprechendes Echo auslösen. Wir haben noch einen weiten Weg vor uns, um zu einer solchen Partei, die Neugier weckt, zu werden. Aber erste Schritte dorthin müssen wir jetzt gehen.

## 10. Lagerwahlkampf 2013? Wo stehen wir?

**SPD und Grüne waren bisher nicht zu einem echten Politikwechsel bereit. Aus heutiger Sicht steht auch 2013 kein linkes Reformprojekt zur Wahl, das uns als treibendes Element einschliesse. In dieser Situation ist eine Politik der harten Abgrenzung zu SPD und Grünen folgerichtig und alternativlos. DIE**

**LINKE bleibt damit erst einmal entschiedene Opposition.**

**Aber sie sollte zugleich offensiver als bisher, ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu betonen. Unsere Leitlinie ist hierbei: Wenn für die Menschen etwas Konkretes herauskommt, sind wir zum Zusammenwirken bereit.**

Vor allem die SPD hat selbst in den Ländern, in denen es möglich gewesen wäre, rot-rot-grüne Regierungsoption verweigert. Zuletzt im Saarland. Allerdings hat sich die SPD Thüringen, obwohl mit der CDU in der Landesregierung, auf Wahlabsprachen mit der LINKEN eingelassen. Das hat uns einen sehr großen Erfolg bei den dortigen (Ober-)Bürgermeister- und Landratswahlen eingebracht. Ob sich daraus mehr entwickeln kann, erscheint gegenwärtig mehr als fraglich, eher sollten wir von einer „Ost“-Besonderheit ausgehen.

Nach dem großen Erfolg in NRW haben SPD- und Grünen-VertreterInnen wieder von einem „rot-grünen Projekt“ gesprochen, ohne dass klar geworden wäre, welches die Substanz dieses Vorhabens sein sollte. Natürlich will man den Schwung aus Düsseldorf über die Niedersachsen-Wahl in den Bundestagswahlkampf mitnehmen. Ob daraus ein wirkliches Regierungsprojekt, das Ausstrahlung auf breitere Wählerschichten entwickeln könnte, wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden. Aber eins kann nach der NRW-Wahl relativ klar gesagt werden: Es läuft auf einen „Lagerwahlkampf“ hinaus, der für uns eine große Herausforderung sein wird. Denn DIE LINKE droht bei dieser Polarisierung unter die Räder zu kommen. Schon heute zeichnet sich ab, dass sich innerhalb der Gewerkschaften, der Sozial- und Umweltverbände, Menschenrechtsgruppen usw. wieder viele Hoffnungen auf eine Regierung aus SPD und Grünen projizieren werden. Viele haben die bitteren Enttäuschungen der rot-grünen Regierungsjahre offenbar schon wieder vergessen.

Noch einmal die Ausgangslage für 2013: Die beiden anderen Oppositionsparteien wollen RotRotGrün nicht. Im Gegenteil, die jeweiligen Führungen wittern die Chance, uns völlig an den Rand drängen zu können. Inhaltlich schwimmen sie trotz gewisser und nicht zu negierenden Korrekturen noch im Fahrwasser des Neoliberalismus. SPD und besonders die Grünen haben sich bis vor kurzem die Regierungsoptionen mit den Schwarzen offen gehalten, was Einiges über die inhaltliche Prinzipienfestigkeit dieser Parteien aussagt. In dieser Situation ist eine Politik der Abgrenzung zu SPD und Grünen nahezu folgerichtig und alternativlos. Nur aufgepasst: Wenn wir uns selbst als prinzipiell oppositionelle Kraft gebärden, haben die beiden anderen Parteien leichtes Spiel. „Mit denen braucht

man sich nicht auseinanderzusetzen“, das wäre den Herren Steinbrück, Steinmeier und Co. gerade recht.

Niemand kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon ausgehen, dass sich ein Fenster der Gelegenheit für einen wirklichen Politikwechsel, der von SPD, LINKEN und Grünen durchgesetzt werden müsste, öffnen könnte. Man spürt es im Bundestag – Brückenbauer sind derzeit nicht gefragt, man sieht es am fabelhaften Institut Solidarische Moderne, das zwar interessante konzeptionelle Überlegungen beisteuern kann, aber ansonsten ein Nischendasein führt, und man sieht es an der Abwendung eines größeren Teils der Gewerkschaftsführung von den rot-rot-grünen Hoffnungen. Es sind auch in allen drei Parteien jeweils nur bestimmte Gruppen/Menschen, die deutlich in der Minderheit sind, die davon ausgehen, dass nur in dieser Konstellation eine Brechung der neoliberalen Hegemonie erreicht werden kann. Aber muss uns nicht die NRW-Wahl in dieser Hinsicht zu denken geben und ein Alarmsignal für die Wahl im Bund 2013? In Nordrhein-Westfalen stand ein solches Regierungsbündnis zu keinem Zeitpunkt zur Debatte und es war folgerichtig bei den Umfragen keine Option für die Bürgerinnen und Bürger. Wenn aber eine solche Konstellation – ob als Regierungsbündnis oder als Tolerierungskoalition – überhaupt nicht vorstellbar ist, läuft das nicht darauf hinaus, dass alle Wähler und Wählerinnen, die unmittelbar mit ihrer Stimme etwas bewirken wollen, unweigerlich ins SPD/Grünen-Lager driften? Wie eine solche Sogwirkung entstehen kann, haben wir an Rhein und Ruhr erlebt: Die LINKE hat ca. 120.000 Stimmen (48% der Stimmenverluste) an SPD und Grüne abgegeben. Wir werden höllisch aufpassen müssen, dass uns nicht Gleiches im Bund widerfährt.

## 11. Eigenständig und bündnisfähig

**DIE LINKE muss eine beharrlich-widerständige Partei sein. Aber der Kurs der strikten Abgrenzung von allen anderen konkurrierenden Parteien ist auf Dauer keine erfolgreiche Strategie.**

**DIE LINKE wird aufzeigen müssen, dass die Ablösung der CDU/FDP-Regierung und der notwendige Politikwechsel an ihr nicht scheitern wird. Viele Wähler/innen wollen von uns wissen, was wir tatsächlich durchsetzen wollen, und wie wir dies durchsetzen wollen. Wir selbst müssen daher glaubwürdig auf SPD**

**und Grüne zugehen. Eine Politik, die nur darauf setzt, propagandistische Vorteile gegenüber diesen konkurrierenden Parteien zu erlangen und diese „vorzuführen“ trägt eben nicht. Mit anderen Worten: Wir müssen das richtige Verhältnis zwischen klarem Widerspruch zu den nach wie vor neoliberal infizierten Parteien SPD und GRÜNEN und konkreten Sachangeboten zum Zusammenwirken finden. Scheitert der Regierungswechsel, dann scheitert er an der Weigerung von SPD und Grünen, einen Politikwechsel einzuleiten.**

Dass RotRotGrün nicht auf der Tagesordnung steht, ist nicht maßgeblich durch die LINKE verschuldet. Denn es ist und bleibt richtig, dass es die Anderen sind, die sich hauptsächlich verändern müssen, sich aber nur in Trippelschritten von der Stelle bewegen. Dennoch bleibt die Frage, ob eine auf gleichbleibende Distanz bemühte Linke die absolut richtige Antwort auf die neue Konstellation nach der Wahl 2009 ist. Genau diesen Eindruck von zwei unversöhnlichen Lagern, hier SPD/Grüne, dort die LINKE, musste man aber bisher gewinnen. Mehr noch: Jeder halbwegs positive Schritt der Sozialdemokratie oder der Grünen wurde als taktisch, unglaublich denunziert und zuvörderst Abbuße für die Sünden der Vergangenheit verlangt. Damit wurden Möglichkeiten des Weitervorantreibens eher geschmälert als gestärkt. Es ist ja richtig, dass Gabriel und Co. sowie der überwiegende Teil der herrschenden Medien die LINKE abräumen wollen und daher schon aus Gründen der Selbsterhaltung die LINKE eine beharrlich-widerständige Partei sein muss (die Bundespräsidenten-Wahl war dafür eine prototypische Situation).

Aber der jetzt bisweilen zu hörende Ruf „Zurück in die Erfolgsspur“, der an die Zeit nach 2005 anknüpft und auf die strikte Abgrenzung von allen anderen konkurrierenden Parteien abzielt, ist nur bedingt richtig. Die LINKE wird auch in der nächsten Wahlkampagne nicht nur ihre Sonderstellung herausheben können, sondern auf praktische Angebote für einen Schwarz/Gelb-ablösenden Politikwechsel angewiesen sein. Nicht nur die sogenannten „FunktionswählerInnen“ wollen wissen, was wir tatsächlich durchsetzen wollen, und inwieweit wir in diesem Rahmen bereit sind, auf SPD und Grüne zuzugehen. Die

flotte Wendung, Koalitionen würden nach Wahlen geschlossen, wird nicht ausreichen, um die Frage auch des Anhangs im engeren Sinne nach dem Sinne der Wahlmobilisierung befriedigend zu beantworten. Dabei kann es sich durchaus als Handicap erweisen, dass man die moralische Messlatte in der Zeit nach 2009 allzu hoch gelegt hat. Kooperationsangebote wirken, nach Phasen heftiger Feindschaft gerne als vergiftet. Es wird daher in den nächsten Monaten darauf ankommen, das geeignete Verhältnis zwischen antagonistischem Widerspruch zu den nach wie vor neoliberal infizierten Parteien SPD und GRÜNEN und konkretem Angebot zum Zusammenwirken zu finden. Die jüngste Initiative des Vorsitzenden der Linksfraktion, Gregor Gysi, in der er die beiden anderen Oppositionsparteien zu einem gemeinsamen Vorgehen in Sachen Vermögensbesteuerung einlädt, weist in die richtige Richtung. Sie trägt zur Klärung der jeweiligen Standpunkte bei und setzt SPD und Grüne unter Druck. So sollte es sein.

## 12. Kampagnenfähigkeit

**DIE LINKE wird mehr denn je gebraucht. Ob die zunehmende Bereitschaft zu spontanem Protest sich zu einer veritablen politischen Gegenkraft entwickeln kann, hängt auch von der LINKEN ab.**

**Unser Ziel ist es, aus der LINKEN einen Faktor zu machen, der Gegenwehr gegen die Zumutungen des Kapitals zu mobilisieren vermag und der dazu beiträgt, aus den**

**vielfältigen Ansätzen der Betroffenheit und der Interessenwahrnehmung „von unten“ eine kontinuierlichere Gegenbewegung zu machen. Das verlangt nach einer Partei, die sich nicht im Tagesaktionismus erschöpft (und dies im wörtlichen Sinne), sondern die in die Lage versetzt wird, sich an längerfristigen, nachhaltigen Kampagnen zu beteiligen.**

„Die LINKE wird mehr denn je gebraucht“, war eine der Grundaussagen des Erfurter Parteitages. Und in der Tat erscheint es jenseits des Propagandistischen richtig, dass die tiefgreifende Regulierung der Bankenmacht, als eine der Voraussetzungen zur Bewältigung der Krise, nur über außerparlamentarische Gegenbewegungen und eine gestärkte Linke erreicht werden kann. Die jüngsten Beschlüsse zur Euro-Rettung sind viel weitergehend als man noch bis vor kurzem für möglich gehalten hat, und verleiten manche Kommentatoren zu der Annahme, jetzt werde endlich, wenn auch reichlich spät, ernst gemacht mit der Re-Regulierung und die LINKE sei damit fast schon obsolet geworden. Noch einmal: Die Aktionen, vor allem der kaum zu erwartende Schuldenschnitt im Falle Griechenlands, reflektieren nur, dass auch in den Augen von Merkel und Sarkozy bei Strafe des Untergangs schlicht etwas passieren musste. Und sie werden, wie die Re-Kapitalisierung der Banken als aus der Not geboren und als reversibel angesehen; d.h. eine wirkliche Krisenlösung ist nicht in Sicht.

Das Heil wird also, nicht weiter verwunderlich, nicht von oben kommen. Und auch wenn es eine Binse ist. Ob die zunehmende Bereitschaft zu spontanem Protest sich zu einer veritablen politischen Gegenkraft entwickeln kann, hängt auch von der LINKEN ab. Legt man die bisher gezeigte Mobilisierungs(un)fähigkeit der LINKEN zugrunde, so sind Silberstreifen am Horizont kaum erkennbar. Aber wo steht geschrieben, dass es schier unmöglich sein sollte, aus der bestehenden LINKEN einen Faktor zu machen, der Gegenwehr gegen die Zumutungen des Kapitals zu mobilisieren vermag – wie es andernorts auch der Fall ist? Allerdings werden wir uns darüber im Klaren sein müssen, dass zur Herausbildung einer „Gegenmacht“ viel mehr Akteure bzw. Akteursgruppen hinzu kommen müssen. Hans-Jürgen Urban (IG Metall), der an dieser Stelle den Begriff der Mosaik-Linken kreiert hat (den man ja nicht übernehmen muss), spricht davon, dass diese Gegenmacht „aus der Verbindung der traditionellen Macht der organisierten Lohnarbeit, den Kräften einer zivilgesellschaftlich aktivierten politischen Öffentlichkeit, der Diskursmacht reaktiver kritischer Intellektueller, der Nachfragemacht politisierter Konsumenten und der Einbringung anderer Machtressourcen“ hervorgehen müsse. (Hans Jürgen Urban in: Luxemburg, Heft 1/2010, S. 24 ff.) Diese, zugegebenermaßen etwas im Soziologendeutsch vorgebrachte These ist gleichwohl richtig. Sie sollte für uns, die wir gerne im eigenen Saft schmoren, eine echte Herausforderung sein.

## **13. Immer wichtiger: Bildungsarbeit**

**Der dauerhafte Bestand der LINKEN ist auch hierzulande an die aktive Gegenwehr gegen die Zumutungen neoliberaler Politik gebunden. Eine Stimme für DIE LINKE ist immer auch Ausdruck des Protests gegen die herrschende Ungerechtigkeit. DIE LINKE muss sich mit inhaltlichen Vorschlägen, mit breiter Beteiligung an Protestaktionen und einer konzentrierten Öffentlichkeitsarbeit als wichtiger Bestandteil**

**des Widerstandes gegen die herrschende Politik bewähren. Erfolgreiches Eingreifen in die Auseinandersetzungen um einen Ausweg aus der akuten Krise werden wir nur über den Ausbau der innerparteilichen Bildungsarbeit, ein koordiniertes Vorgehen der LINKEN auf allen Ebenen und die konkrete und intensive Unterstützung der Kreisverbände bei ihrer Arbeit vor Ort erreichen.**

Dass linke Parteien nur wachsen können, wenn starke soziale Bewegungen den Protest gegen Austeritätspolitik und kapitalistische Krisenbewältigung zum Ausdruck bringen, scheint widerlegt: In unseren westlichen bzw. südlichen Nachbarländern gab es in den letzten Jahren machtvolle außerparlamentarische Bewegungen inkl. Generalstreiks, doch die radikalere Linke hat davon nicht profitieren können. Im Gegenteil hat sich der Erosionsprozess linker Parteien, zumindest in Italien und Frankreich, fortgesetzt. Im Land traditionell schwacher sozialer Kämpfe, in Deutschland, wurde die LINKE nach dem Wahlerfolg von 8,7 % bei der Wahl 2005, im Jahre 2009 mit 11,9 Prozent gewählt; die Partei avancierte damit zur Hoffnungsträgerin nicht nur der Europäischen Linken.

Umgekehrt dürfte aber der Schluss voreilig sein, dass es auf außerparlamentarische Bewegungen nicht mehr ankomme, wenn man bei Wahlen Erfolg haben wolle. Sehr viel spricht dafür, dass es sich um deutsche Sonderbedingungen gehandelt hat (z.B. die Abneigung gegen Große Koalitionen und eine solche sollte 2009 abgewählt werden... ) und dass eine dauerhafte und stabile Repräsentanz der Linken auch hierzulande an die aktive Gegenwehr gegen die Zumutungen neoliberaler Politik gebunden sein wird.

Eine Stimme für links ist immer auch ein Ausdruck des Protests gegen die herrschende Ungerechtigkeit. Der (hoffentlich bald) vorübergehende Hype um die Piratenpartei hat ja auch viel damit zu tun, dass man mit einer sich antiparlamentarisch gerierenden Partei die Parlamente, von denen man sich getäuscht und verlassen fühlt, aufmischen möchte. Von daher ist es wiederum nicht falsch, wenn die LINKE das Anderssein als die Anderen betont. Ansonsten läuft sie Gefahr, dass ihr dieser Rang von neuen Parteiinitiativen abgelaufen wird. (Die Qualifizierung linker Netzpolitik ist gewiss vonnöten, wird aber nicht die Patentantwort auf die Piraten sein. Im Kern geht es die Glaubwürdigkeit der LINKEN als alternativer Kraft und um das Image einer lebendigen, demokratischen, innovativen Partei.)

Wenn es richtig ist, dass die weitere Stärkung der Linken in der Bundesrepublik über die weitere Aktivierung der Menschen für ihre Bedürfnisse gegen die Kapitalinteressen führt, dann erscheint das gesellschaftliche Umfeld hierzulande ernüchternd. Die Führungen der Gewerkschaften scheinen ihre Hoffnung auf eine Renaissance eines „rot-grünen Blocks“ 2013, zumindest auf eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung zu richten. Betriebskorporatistische „Krisenlösungen“ sind en vogue; breite außerparlamentarische Aktionsbündnisse nicht in Sicht. Einzig die aus den USA übernommene Occupy-Bewegung macht von sich reden; die Aktivitäten gegen Bankenmacht und ungerechte Vermögensverteilung haben in der Tat Zulauf. Angenommen, dass die Krise des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus noch lange nicht vorbei ist, erscheint es folgerichtig, auf diese oder andere gleichgerichtete Bewegung zu setzen. Hier wird sich die LINKE bewähren müssen, mit inhaltlichen Vorschlägen, mit breiter Aktionsbeteiligung, mit konzentrierter Öffentlichkeitsarbeit.

Noch sind wir davon entfernt, als schlagkräftige Partei die Auseinandersetzungen um einen Ausweg aus der akuten Finanz-Krise prägen zu können. Wir werden es leisten müssen, wenn wir 2013 wieder ein gutes Wahlergebnis erreichen wollen. Das geht nur über innerparteiliche Bildungsarbeit, über koordiniertes Vorgehen der Linken in Brüssel, in Berlin und vor Ort, über die intensive Unterstützung der Kreisverbände durch die Bundespartei, die Landesvorstände.

„Die politische Arbeit der Partei muss präziser, effektiver und wahrnehmbarer werden. Das erfordert Schwerpunktsetzungen und Kampagnen, die diesen Namen auch verdienen, weil sie wirklich in der Mehrheit der Gliederungen getragen werden und weil tatsächlich Ressourcen darauf konzentriert werden.“ (Projektgruppe LINKE 2020)

## 14. Linke Pluralität existentiell

**Die LINKE ist ihrem Selbstverständnis nach eine plurale Partei. Auch ihre Zusammensetzung ist von einem relativ breiten Spektrum gekennzeichnet. Diesen Pluralismus fruchtbar zu machen verlangt indes, dass wir solidarische Umgangsformen entwickeln (davon sind wir**

**sehr weit entfernt), dass wir lernen, die Unterschiede durch offene und sachbezogene Debatten produktiv zu machen und dass wir die Vielfalt der Politikansätze nutzen, um sehr unterschiedliche Wählerschichten anzusprechen.**

Eine Partei, die über zehn Prozent der WählerInnen erreichen will, muss es verstehen, verschiedene Milieus ansprechen und an sich zu binden. Das kann durchaus in Form einer Arbeitsteilung geschehen. DIE LINKE muss ausgehend von ihren Kernbotschaften auch neue Themenfelder ansprechen und sie muss Angebote zur Mitarbeit auch für solche Milieus machen, die von den bisherigen Verkehrsformen der Partei eher abgeschreckt werden. Anders ausgedrückt: Nur wenn wir die gegenwärtigen Selbstblockaden überwinden, Solidarität und Toleranz auch nach außen ausstrahlen, werden wir es schaffen uns zugleich für neue gesellschaftliche Gruppen zu öffnen.

Dabei geht es sicherlich auch darum in der Parteiarbeit der Bildungs- und Kulturarbeit einen viel höheren Stellenwert als bisher einzuräumen. Sie müsse vom Rand ins Zentrum gerückt werden, damit man „nach Parteiveranstaltungen mit dem Gefühl einer geistig wie kulturellen Bereicherung nach Haus gehen kann“.

So formuliert es Harald Werner, der hinzufügt, dass “ ein inspirierendes, geistig-kulturell anregendes Parteileben“ anzustreben sei.

„Noch ist sie hauptsächlich eine Parlaments- und Wahlpartei und ihr Parteileben spielt sich überwiegend in Büros und Hinterzimmern ab, das nur sporadisch von Infoständen und der Beteiligung an Demonstrationen unterbrochen wird. Und wer einen klugen Menschen für die Partei gewinnen will, versucht es am besten nicht durch eine Einladung zur nächsten Basisversammlung“. (Harald Werner)

Dieser düstere Befund trifft allerdings überwiegend zu. Ein wachsender Teil der Genossinnen und Genossen sieht diese Situation inzwischen ebenso als unhaltbar an. Sie beklagen sich über den überfordernden, auszehrenden Aktionismus, über die unsolidarischen Umgangsformen, nicht wenigen geht das ideologische Alleswissertum kleiner, aber umso agilerer Gruppen auf den Docht. Es ist an der Zeit, all dies in der gebotenen Schärfe anzusprechen und für Abhilfe zu sorgen. Wir sind bei Strafe des Untergangs darauf angewiesen, eine solidarische, zukunftsorientierte, d.h. auch eine lernende und offene Partei zu werden.

### Die Autoren:

#### Hans Günter Bell

\* 1965

Dr. rer. pol., Sozialwissenschaftler und Stadtplaner

1984-2005	Mitglied der SPD
1988-1995	Vorsitzender der Jusos Köln
1995-1999	stellv. Vorsitzender der Jusos Mittelrhein
2005	Eintritt in die WASG und in die Linkspartei.PDS
2007-2010	Sprecher der LINKEN. Köln

#### Paul Schäfer

\*1949

Dipl. Soz., Publizist

[paul.schaefer@bundestag.de](mailto:paul.schaefer@bundestag.de)

2000	Eintritt in die PDS
2003-2007	Landesvorsitzender der PDS Nordrhein-Westfalen
2004-2006 seit 2005	Mitglied des Parteivorstands der PDS MdB, Verteidigungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE